

## **Ja zur bescheidenen Erhöhung der Sitzungsentschädigung für Landrät/innen**

Man muss sich zweimal die Augen reiben: Die SVP tut alles, um zu verhindern, dass die Abzocker zur Kasse gebeten und die Boni besteuert werden. Offenbar stimmt das, was die „Linken und die Netten“ sagen, dass die SVP von der UBS bezahlt ist.

Im Kanton Uri schießt zurzeit die SVP aus allen Rohren gegen die Änderung der Nebenamtsverordnung und bezeichnet diese als „masslose Selbstbedienung“. Als „Beweis“ für diese Behauptung werden astronomische Prozentzahlen genannt. Wir haben genauer nachgeschaut: Umgerechnet verdienen heute die fleissigen Landrät/innen, welche die Dossiers studieren und vorbereiten, 13 Franken in der Stunde. Mit der neuen Verordnung bekämen sie 25 Franken. Kürzlich haben die Gewerkschaften beschlossen, eine Initiative zu lancieren, die einen Mindestlohn von 22 Franken in der Stunde vorschreiben will. Die Urner Landrät/innen lägen so also knapp über diesem Mindestlohn. Wir mögen diese bescheidene Erhöhung des Sitzungsgeldes selbst den SVPlern gönnen, auch wenn sie es nicht verdient haben. Darum stimmen wir Ja zur neuen Nebenamtsverordnung.

Bruno Bollinger, Erstfeld